



Detailansicht des Registereintrags

Stadtwerke München GmbH

Aktuell seit 10.08.2026 10:37:35

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R000611
Ersteintrag:	17.02.2022
Letzte Änderung:	10.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	13.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Stadtwerke München GmbH Emmy-Noether-Straße 2 80992 München Deutschland Telefonnummer: +498923610 E-Mail-Adressen: info@swm.de Webseiten: www.swm.de
Hauptstadtrepräsentanz:	SWM Kontaktbüro Berlin Hilda-Geiringer-Weg 6 10557 Berlin Telefonnummer: +491731894937 E-Mail-Adresse: leinitz.juliane@swm.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

940.001 bis 950.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Florian Bieberbach**

Funktion: Vorsitzender der Geschäftsführung

2. Dr. Gabriele Jahn

Funktion: Geschäftsführerin Personal, Immobilien und Bäder

3. Helge-Uve Braun

Funktion: Technischer Geschäftsführer

4. Dr. Karin Thelen

Funktion: Geschäftsführerin Regionale Energiewende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (5):**1. Sonja Schmutzer****2. Juliane Leinitz****3. Verena Dany****4. Maria D'Amico****5. Jakob Nies****Mitgliedschaften (28):**

1. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
2. Verband kommunaler Unternehmen e. V.
3. Agora Energiewende, Smart Energy for Europe Platform (SEFEP) gGmbH
4. Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
5. Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.
6. AGFW | Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V.
7. DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.
8. VGB PowerTech e.V.
9. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e. V.
10. Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V.
11. Bayerischer Waldbesitzerverband e.V.
12. Bitkom e. V.
13. Bundesverband Geothermie e.V.
14. Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V.
15. Deutscher Sauna Bund e. V.
16. DGFP - Deutsche Gesellschaft für Personalführung e.V.

17. VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V.
18. Verband Deutscher Treasurer e.V. (VDT e.V.)
19. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
20. Wirtschaftsrat der CDU e. V.
21. WIRTSCHAFTSBEIRAT DER UNION e.V.
22. BREKO Bundesverband Breitbandkommunikation e.V.
23. Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS)
24. Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik im DIN und VDE
25. Fachverband Biogas e.V.
26. FNN Forum Netztechnik/Netzbetrieb im VDE
27. Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern
28. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (31):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als eines der größten kommunalen Unternehmen Deutschlands stehen die SWM für eine sichere Versorgung mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Fernkälte, eine stadtgerechte Mobilität, zukunftsfähige Telekommunikationsleistungen und quellfrischem Trinkwasser aus dem bayerischen Voralpenland. Unsere Leistungen umfassen außerdem das Netzmanagement für die Energie- und Wassernetze, die Verteilung und den Vertrieb. Zudem betreiben wir 18 Hallen- und Sommerbäder. Mit unseren Leistungen sind wir ein wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und leisten einen großen Beitrag für die Wirtschaftskraft und Lebensqualität in München und der Region.

Unser Ziel, ab 2025 so viel Ökostrom zu erzeugen, wie ganz München (in Haushalten, Gewerbe, Industrie, dem öffentlichem Sektor sowie U-Bahn-, Tram- und E-Bus-Betrieb) verbraucht, haben wir im Jahr 2025 erreicht. Aber auch weiterhin behalten wir den wachsenden Strombedarf der Stadt im Blick und entwickeln nachhaltige Lösungen für die Zukunft. Die SWM betreibt inzwischen zahlreiche Ökostromanlagen in und um München, darunter Wasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen, Wind- und Geothermiekraftwerke sowie ein Biomasse-Heizkraftwerk. Dazu

kommen in Deutschland und Europa Onshore- und Offshore-Windparks, Solarparks und ein Solarthermiekraftwerk.

Wärmewende in München: Da die meiste Energie für die Wärmeversorgung, also zum Heizen oder für Warmwasser, eingesetzt wird, treiben wir die Energiewende auch im Wärmemarkt voran. Denn bis spätestens 2040 wollen wir den Münchner Bedarf an Fernwärme CO₂-neutral decken, überwiegend durch Tiefengeothermie. Zusätzlich bieten wir weitere Wärmelösungen wie Nahwärme und Wärmepumpen an.

Unsere Mobilitätstochter MVG ist verantwortlich für U-Bahn, Bus, Tram und MVG Rad. Mit dem Ausbau von Glasfaser und anderen Kommunikationsnetzen schaffen wir die Grundlagen für die vernetzte und lebenswerte Stadt der Zukunft.

Eigentümerin der SWM ist zu 100% die Landeshauptstadt München.

Die SWM ist kompetenter Gesprächs- und Dialogpartner, wenn es um die Energie-, Wärme- und Verkehrswende, die Bereitstellung grüner Energie, die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen oder die Erreichung von Klimaschutz- und Nachhaltigkeitszielen geht. Um unser Engagement für eine gelingende Energie-, Wärme- und Verkehrswende noch gezielter voranbringen zu können betreiben wir mit unserem Kontaktbüro Berlin Interessenvertretung gegenüber Bundesministerien und Mitgliedern des Deutschen Bundestags. Dazu versenden wir an eben diesen Kreis Positionspapiere und Stellungnahmen, führen persönliche Gespräche, beteiligen uns an Veranstaltungen im politischen Raum und halten Fachvorträge auf geeigneten Foren oder beteiligen uns an öffentlichen Anhörungen als Sachverständige auf Einladung des jeweiligen Ausschusses.

Konkrete Regelungsvorhaben (36)

1. Umsetzung der Energiewende

Beschreibung:

Beschleunigung und Vereinfachung beim Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern und an Gebäuden

- Flexibilisierung bestehender Schwellenwerte, insbesondere für Gewerbe-PV
- Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung
- Verbesserungen beim Mieterstrom
- Beschleunigung von Netzanschlüssen
- Vereinfachung bei der Direktvermarktung bis 25 kW
- Erschließung von Gebäuden im Außenbereich
- Repowering von Dachanlagen

Ausbau von Freiflächenanlagen-PV-Anlagen erleichtern und verbessern

- Auskömmliche Förderung von Agri-PV und weiterer besonderer Solaranlagen

- Aufwuchs der Mengen besonderer Solaranlagen
- Ausweitung der Flächenkulisse
- Beschleunigung von Netzanschlüssen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8657 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2403260002 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2407290006 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412170086 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

4. SG2502120024 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2605120018 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022

Beschreibung:

- Beitrag zur rechtzeitigen Erreichung des Ziels 12 der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409050010 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.08.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Digitalisierung der Energiewende (Digitalisierungsbericht nach § 48 MsbG)

Beschreibung:

Die Veröffentlichung des Digitalisierungsberichts gemäß §48 des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) widmet sich den zahlreichen Herausforderungen, mit denen grundzuständige Messstellenbetreiber (gMSB) konfrontiert sind, und stellt verschiedene Lösungsvorschläge vor.

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409260077 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (KSpG)

Beschreibung:

Durch das Gesetz soll die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid in unterirdischen Gesteinsschichten des Festlandsockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone zu

kommerziellen Zwecken im industriellen Maßstab ermöglicht und ein einheitliches Zulassungsregime für alle Kohlendioxidleitungen geschaffen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411050001 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. **Mobilitätsdatengesetz**

Beschreibung:

Mit dem Gesetz soll die Bereitstellung und die Nutzung von Mobilitätsdaten über den Nationalen Zugangspunkt (NAP) geregelt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13954 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412190007 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

6. Voranbringen der Mobilitätswende

Beschreibung:

Für das Voranbringen der Mobilitätswende braucht es konkrete politische und regulatorische Maßnahmen, die es voranzubringen gilt. Es braucht

- langfristige Sicherstellung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs
- ÖPNV-Kapazitäten, die ausgebaut werden müssen
- Deckung von Personal- und Fachkräftebedarf
- Open Data

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502120028 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Bürokratieabbau und Bekämpfung des Fachkräftemangels

Beschreibung:

Die bürokratischen Hürden in Deutschland sind seit Jahren Gegenstand intensiver Diskussionen und Analysen. Es braucht die Unterstützung wirtschaftlicher Dynamiken und die Entlastung von Akteuren, während die Qualität und Verlässlichkeit behördlicher Prozesse gewahrt werden sollen. Folgende Bereiche sind zu nennen:

- Bürokratieabbau: Datenschutz, Lieferkettensorgfaltspflicht, Deutsches Geldwäschegesetz
- Vereinfachung von Vergaberecht
- Fachkräftemangel: bessere Arbeitsanreize, Anreize für den Werkswohnungsbau

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502120027 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. **Digitale Infrastruktur und Telekommunikationspolitik**

Beschreibung:

Digitalisierung und Telekommunikation sind die essenziellen Pfeiler der Gesellschaftspolitik. Sie sind die zentralen Infrastrukturen unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und unserer Wirtschaft. Die Digitalisierung muss nachhaltig gestaltet werden und auch die Verwaltung muss digital modernisiert werden.

-Investitionsfreundlicher Rahmen für digitale Infrastrukturen

-Telekommunikationspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502120026 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. **Bürokratierückbau**

Beschreibung:

Vorschläge der Stadtwerke München GmbH zum Bürokratieabbau auf europäischer, nationaler und bayerischer Ebene

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; GwG 2017 [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; AÜG [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BSiG 2009 [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]; UStatG 2005 [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]; EnWG 2005

[alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]; BImSchV 44 [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506030035** (PDF - 83 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

Versendet am 03.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

10. **Digitales Messen und Steuern/ Smart-Meter-Rollout**

Beschreibung:

Mit unseren Vorschlägen zur Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen möchten wir zur Diskussion beitragen, wie das digitale Messen und Steuern kosteneffizient, zukunftssicher und europäisch anschlussfähig gestaltet werden kann. Ein zentrales Thema sind die derzeitigen Herausforderungen bei der Einführung von Smart Metern als auch bei der Ansteuerbarkeit von Kleinanlagen in Deutschland. Wir sprechen uns für einheitliche

europäische Sicherheitsstandards und eine technologieoffene Regulatorik aus, die Netzbetreibern mehr Freiheit und Flexibilität bei der Auswahl der situativ geeigneten technischen Lösungen einräumt.

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507160014 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2602270017 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. EnWG-Novelle (Juli 2025)

Beschreibung:

In dem Positionspapier zur EnWG-Novelle wird gefordert, das Energy Sharing klarer zu regeln, insbesondere durch eine räumliche Begrenzung und die Nutzung bestehender Modelle wie Mieterstrom. Der geplante Starttermin wird als unrealistisch bewertet. Im Bereich Messwesen wird eine technologieoffene Lösung vorgeschlagen, die neben Smart Meter Gateways auch alternative Ansätze wie IoT-Kommunikation ermöglicht. Zudem fordern die SWM eine Anpassung der Preisobergrenzen für Messsysteme, eine Vereinfachung technischer Vorgaben und mehr Flexibilität beim Rollout, um die Umsetzung der Energiewende nicht zu gefährden.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.05.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; MessbG [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507210029 (PDF - 25 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2508180008 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

12. Umsetzung RED III Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Beschreibung:

In diesem Positionspapier wird eine umfassende Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Wärmewende gefordert. Vorgeschlagen wird unter anderem Änderungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz und Baugesetzbuch vor, um Genehmigungsverfahren effizienter zu gestalten. Dabei liegt der Fokus auf speziellen Regelungen für erneuerbare Energieanlagen, der Integration von Kältenutzung sowie der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Netzausbau und Schwerlasttransporte. Ziel ist es, Hindernisse abzubauen und die Umsetzung der Klimaziele zu beschleunigen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/568 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes, zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes und zur Änderung des Baugesetzbuchs

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; VwVfG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; FStrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507220006 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Vorschläge für ein verbessertes Geothermiebeschleunigungsgesetz inkl. Umsetzung RED III**

Beschreibung:

In dem Positionspapier zum Geothermiebeschleunigungsgesetz wird gefordert, Genehmigungsverfahren für Geothermieprojekte wie Anlagen, Wärmepumpen und Wärmespeicher deutlich zu beschleunigen und zu vereinfachen. Es wird ein zentralisiertes Zulassungsverfahren mit klaren Fristen vorgeschlagen, um Planungsprozesse effizienter zu gestalten. Zudem wird eine bessere Flächenverfügbarkeit durch gesetzliche Verpflichtungen gefordert, die öffentliche Hand stärker einzubinden. Ergänzend sollen Raumordnungen sogenannte „go-to-Bereiche“ für Geothermie ausweisen, in denen erleichterte Zulassungsbedingungen gelten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 382/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Geothermieranlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507220005 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2508250003 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. Abschaffung der Gasspeicherumlage**Beschreibung:**

Die Änderung des EnWG sieht einen Beibehalt der Gasspeicherumlage bis zum Ende diesen Jahres auf dem aktuellen Niveau von 2,89 EUR/MWh vor. Aus Sicht der SWM wäre es sinnvoll, wenn die Gasspeicherumlage bereits vor Jahresablauf enden würde. Daher schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

Reduzierung der Gasspeicherumlage auf 0 EUR/MWh, sobald der Kontostand des Gasspeicherumlagekontos auf ein Minus von 3,4 Mrd. Euro reduziert werden konnte, spätestens jedoch zum 1. November 2025 und somit frühzeitig in der Heizperiode 2025/2026. Bis dahin sollte die Gasspeicherumlage zur Entlastung des Gasspeicherumlagekontos auf dem aktuellen Niveau von 2,89 EUR/MWh beibehalten werden.
Vollständige Abschaffung der Gasspeicherumlage ab dem 1. Januar 2026.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 05.08.2025

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508130002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

15. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes**Beschreibung:**

Die Öffnung für digitale Lernformate und die damit verbundene Flexibilisierung des Unterrichts ist zu begrüßen. Darüber hinaus werden folgende Anpassungen genannt:

- Harmonisierung mit EU-Recht
- Straffung der Busführerscheinausbildung (Klasse D)
- Integration von Fahrausbildung und Grundqualifikation
- Stärkung der Fahrlehrerkompetenz
- Ausbau der Prüfungskapazitäten
- Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- Kostentransparenz und Preishoheit

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Datum des Referentenentwurfs: 11.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BKrFQG 2020 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508200001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

16. **Referentenentwurf für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes Rechtsvorschriften**

Beschreibung:

- Verlängerung der Steuerentlastung für Strom auf den EU-Mindeststeuersatz (0,05 ct/kWh) für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft
- Modernisierung des Strom- und Energiesteuerrechts, insbesondere in den Bereichen Elektromobilität, Stromspeicherung und erneuerbare Energien
- Anpassung an EU-rechtliche Vorgaben, einschließlich Energie- und Beihilferecht
- Abbau von Bürokratie und Vereinfachung der Steuerpraxis

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 23.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnergieStG [alle RV hierzu]; EnergieStV [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]; StromStV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508200003 (PDF - 116 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

17. **Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung**

Beschreibung:

- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und reduzierte Gebühren für Werkwohnungen
- Lockerung von Schallimmissionsschutz-Regeln, um Wohnungen nahe Arbeitsplätzen zu ermöglichen
- Investitionsanreize durch steuerliche Entlastungen und attraktivere Abschreibungsmöglichkeiten
- Vereinfachung technischer Standards (z. B. feste Grenzwerte im Gebäudeenergiegesetz statt Referenzgebäude)
- Erleichterungen im öffentlichen Vergaberecht, um serielles Bauen zu fördern
- Zugängliche Fördermittel mit weniger bürokratischen Hürden (z. B. vereinfachte Zertifizierungen)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/781 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508200007 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

18. Gesetz zur Transformation des Vergaberechts**Beschreibung:**

-Gleichstellung von Kälte- und Wärmeerzeugung: Kälteversorgung als Sektorentätigkeit anerkennen, analog zur Fernwärme

-Präzisere Inhouse-Vergabe: Betrauung durch Festlegungen im Gesellschaftszweck ermöglichen.

Straffung sozialer und umweltbezogener Kriterien: Kürzere, klarere Definitionen für nachhaltige Beschaffung

-Lieferkettensorgfaltspflicht: Intervalle für Risikoanalysen verlängern, „Zulieferer“ enger definieren, Konzernberichte erlauben

-Vereinfachte Vergabeverfahren: Schnellere EU-Ausschreibungen, Fokus auf innovative Projekte wie Geothermie

-Wärmewende: Unterstützung CO₂-neutraler Fernwärmeprojekte durch Tiefengeothermie und rechtliche Vereinfachungen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeschleunigungsgesetz) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2508200009 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2508250004 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. Umsetzung der Industrieemissions-Richtlinie**Beschreibung:**

-Bürokratieabbau bei Überwachungspflichten: Veröffentlichungspflichten auf Fälle mit Öffentlichkeitsbeteiligung beschränken, Berichtspflichten reduzieren

-Energieeffizienzgesetz: Doppelte Prüfungen vermeiden, Schwellenwerte für Abwärmepotenziale erhöhen, KWK-Anlagen von Meldepflichten ausnehmen

-Netzersatzanlagen: Fristen für Immissionsschutzmessungen von einem auf drei Jahre verlängern

-Notstromdiesel: Messintervalle für Staub und CO auf drei Jahre ausweiten

-Berichtsaufwände abbauen: Erhebung von Umweltschutzaufwendungen streichen, klare Vorgaben zur Abwärmeerfassung schaffen

-Verhältnismäßigkeit: Maßnahmen stärker an tatsächlichem Nutzen und technischer Umsetzbarkeit ausrichten

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 44/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUKN): Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (2025) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; UStatG 2005 [alle RV hierzu]; EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu];
Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2508200010 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

2. SG2511280021 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

20. **Vorschläge zum Standortförderungsgesetz**

Beschreibung:

- Vereinfachung steuerlicher Prozesse: Einführung einer einheitlichen digitalen Plattform für Steuerkommunikation und maschinenlesbare Steuerbescheide
- Erleichterungen im Energiefinanzierungsgesetz: Automatische Privilegierung von Schienenbahnen, Gleichstellung von Geothermie mit Wärmepumpen und Abschaffung des De-Minimis-Vorbehalts für E-Busse
- Maßnahmen gegen Fachkräftemangel: Steuerliche Anreize und Erleichterungen für Werkwohnungen und Nacht-/Feiertagsarbeit
- Förderung nachhaltiger Finanzierung: Reduzierte Kapitalanforderungen für nachhaltige Infrastrukturprojekte und staatliche Garantien zur Senkung von Finanzierungskosten

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Förderung privater Investitionen und des Finanzstandorts

Datum des Referentenentwurfs: 15.08.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnFG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508290009 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

21. Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**Beschreibung:**

- Erweiterung der Intervallfrequenzen: Risikoanalysen und Wirksamkeitskontrollen sollen statt jährlich nur alle fünf Jahre durchgeführt werden, um den Aufwand zu reduzieren
- Ausschluss des eigenen Geschäftsbereichs von Risikoanalysen: Unternehmen sollen von der Pflicht zur Risikoanalyse für den eigenen Geschäftsbereich ausgenommen werden, wenn in Deutschland bereits ein ausreichendes Schutzniveau gewährleistet ist
- Schaffung von Rechtsgrundlagen gegenüber Lieferanten: Unternehmen sollen gesetzlich legitimierte Rechte erhalten, um Pflichten wie Risikoanalysen oder Abhilfemaßnahmen gegenüber Lieferanten durchzusetzen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 29.08.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509020011 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundesregierung

22. Umsetzung RED III im Bereich Windenergie auf See und Stromnetze

Beschreibung:

- Anpassung der Ausschreibungsregeln: Begrenzung auf eine Fläche pro Bieter und maximal 750 MW pro Fläche, um Akteursvielfalt zu fördern und Risiken zu minimieren
- Überarbeitung des Ausschreibungsdesigns: Einführung neuer Kriterien wie Ökosystemschutz, Energieversorgung, Sektorenkomponente sowie Anpassung von Sicherheitsleistungen, Fristen und Pönalen
- Genehmigungsbeschleunigungen: Vereinfachte Verfahren für Netzausbau und Leitungsänderungen sowie erleichterte Genehmigungen für Schwerlasttransporte
- Fokus auf Effizienz und Nachhaltigkeit: Förderung eines ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Offshore-Windenergie-Ausbaus

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/1491 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze

Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): [Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie \(RED III\) in den Bereichen Wind auf See und Stromnetze \(Vorgang\)](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[EnWG 2005](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [WindSeeG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2509020016](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.08.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

23. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften

Beschreibung:

- Ausweitung der lebenswichtigen Einrichtungen im Bereich Leitstellen der Elektrizitätsverteilernetze sowie im Bereich IT-Sicherheit von KRITIS Betreibern
- auf Antrag ein Anspruch auf freiwillige Sicherheitsüberprüfungen

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung sicherheitsüberprüfungsrechtlicher und beamtenrechtlicher Vorschriften (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 17.06.2025

Federführendes Ministerium: [BMI](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[SÜG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [SÜFV 2023](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2510010024](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

24. **Bedeutung der EE-Vergütung bei Aufdach-Anlagen**

Beschreibung:

- Kleine PV-Dachanlagen sind unverzichtbar: Sie treiben die Energiewende in Städten voran, wo Dachflächen oft die einzige Option sind.
- Förderung bleibt notwendig: Ein vollständiger Förderstopp gefährdet die Wirtschaftlichkeit und behindert den weiteren Ausbau.
- Marktrückgang stoppen: Der Aufdach-PV-Markt schrumpft bereits – weitere Rückgänge gefährden Arbeitsplätze und Branchenstabilität.
- Dachpotenziale voll ausschöpfen: Ohne Förderung werden Anlagen zu klein dimensioniert, und wichtige Flächen bleiben ungenutzt.

Betroffenes geltendes Recht:

[EEG 2014](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2510010025](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2510290011 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

25. Vorschläge zum Arbeitsmarktstärkungsgesetz

Beschreibung:

- Einführung einer verbindlichen Plausibilitätsprüfung bei Aufstockungsleistungen
- Einsatz von externen (IT-)Experten in komplexen Projekten
- Erleichterungen bei der Zuwanderung von Fachkräften
- Anpassungen im Einkommenssteuergesetz

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf zu einem Entwurf eines Arbeitsmarktstärkungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 12.09.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2510100016 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

26. Umsetzung der europäischen Gas- und Wasserstoffbinnenmarktrichtlinie

Beschreibung:

Folgende Anpassungen sollten im Entwurf enthalten sein:

- Kein pauschaler Rückbau von Gasnetzen, nur in Ausnahmefällen
- Duldungspflicht für stillgelegte Leitungen ausweiten und zeitlich unbegrenzt
- Flexible Fristen statt starrer Vorgaben bei Anschlusstrennung; Netzbetreiber sollen nicht für alternative Wärmeversorgung verantwortlich sein
- Kündigungsrecht bei Anschlusstrennung schaffen
- Informationspflicht nur gegenüber Anschlussnehmer
- Investitionssicherheit für Wasserstoffnetze durch einfache, transparente Regulierung. Biomethanförderung darf keine unverhältnismäßigen Kosten verursachen
- Bürokratieabbau: Monitoring nur bei Mehrwert, keine zusätzlichen Kennzeichnungspflichten, Veröffentlichung sensibler Netzdaten einschränken

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 186/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWE): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften zur Umsetzung des Europäischen Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktpakets (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; NDAV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2511280020 (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2605120019 (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

27. Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz)

Beschreibung:

Kernforderungen enthalten:

- Rechtliche Erleichterungen: Flexiblere Bauvorschriften, weniger Normen, einfachere Fachkundigkeitserklärung
- Bau & Förderung: Weniger Schallschutz, serielles/modulares Bauen zulassen, verlässliche Zuschüsse und steuerliche Anreize
- Nachhaltigkeit & Energie: Vereinfachte QNG-Zertifizierung, feste Grenzwerte statt Referenzgebäude im GEG

Referentenentwurf:

Eckpunkte für ein Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.11.2025

1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)

2. Federführendes Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; SvEV [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512120022 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

28. **Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie**

Beschreibung:

- Keine Doppelarbeit: Befreiung für Unternehmen mit ISO 50001/EMAS von zusätzlichen Umsetzungsplänen.
- Abwärme-Pflichten reduzieren: Schwellenwerte erhöhen, Meldepflichten freiwillig machen.
- Datenschutz sichern: Nur aggregierte/anonymisierte Daten veröffentlichen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie

Datum des Referentenentwurfs: 01.12.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2601140001** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2605120028** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

29. Gesetz zur Verbesserung des Netzananschlussverfahrens

Beschreibung:

- Reform des Netzananschlussverfahrens mit der EEG-Novelle verzahnen, damit Investitionssignale konsistent bleiben
- Netzausbau deutlich beschleunigen, um Engpässe und Risiken für erneuerbare Projekte zu reduzieren
- Standorte für erneuerbare Energien systemorientiert steuern (Netzkapazitäten, Systemeffizienz, Engpasskosten)
- Redispatch-Vorbehalt überarbeiten: klare Regeln, Risikobegrenzung und Alternativen prüfen
- Baukostenzuschüsse regional differenziert und fair gestalten und im Fördersystem berücksichtigen
- Digitalisierung unterstützen, Fristen aber realistisch gestalten (späterer Start der Auskunft)
- Bestandsschutz für laufende/geplante Projekte sichern
- Sensible Netzdaten besser schützen und KRITIS-Anforderungen berücksichtigen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzananschlussverfahrens

Datum des Referentenentwurfs: 17.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2602270016 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2605120015 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. SG2607280027 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

30. Gesetz zur Stärkung der Cybersicherheit

Beschreibung:

- Keine verpflichtende zentrale Anbindung der SzA-Systeme an das BSI ohne klare gesetzliche Vorgaben zu Art, Zweck und Umfang der Datenübermittlung.
- Präzise gesetzliche Festlegung der übertragenen Daten statt nachgelagerter BSI-Spezifikationen, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.
- Eingriffsbefugnisse von Bundesbehörden begrenzen: nur bei klar definierten Gefahrenstufen, nach Ultima-Ratio-Prinzip und immer unter Einbindung der Betreiber.
- Keine aktiven Eingriffe in KRITIS-Systeme über unklare oder zusätzliche Zugriffspfade; Wahrung der etablierten Sicherheitsprinzipien (Betreiberhoheit, Protokollierung, kontrollierte Fernzugriffe).
- Threat Hunting nur freiwillig, kooperativ und transparent; Offenlegung der Indikatoren und enge Abstimmung mit bestehenden SzA-Systemen.

Referentenentwurf:

Gesetzesentwurf zur Stärkung der Cybersicherheit (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.02.2026

Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2025 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2603160025 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. SG2606240050 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

31. KWKG-Novelle

Beschreibung:

WIR FORDERN FOLGENDE ANPASSUNG FÜR DIE KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG (KWK):

1. Langfristige KWK-Förderung
2. Rechts- und Investitionssicherheit der KWK-Förderung für Wärme- und Kältenetze
3. Anhebung maximale Förderhöhen
4. Es braucht eine neue Regelung für die 300-MW-Grenze
5. Weiterführung iKWK nach § 7a und Weiterentwicklung
6. KWK-Anlagen sind schlicht nicht mit 10 Prozent der Kosten auf H2-Betrieb umstellbar
7. Erhöhung des KWK-Zuschusses
8. Verlängerung der Inbetriebnahmefristen für KWK-Anlagen, Wärme- und Kältenetze sowie Wärmespeicher bis 2038
9. Anpassung der Fristen und Bedingungen für Vorbescheide und Zuschläge
10. Beschleunigung der Genehmigungsverfahren ist auch beim Kraftwerksaus- und -umbau äußerst wichtig

Betroffenes geltendes Recht:

KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2605120020** (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2605120021** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

32. **Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG)**

Beschreibung:

Kernforderungen:

- Der Wegfall des 65%-EE-Ziels muss mit gleichwertiger Steuerungswirkung kompensiert werden und ein verbindlicher, rechtssicherer Ausstiegspfad für fossile Heizsysteme gesetzlich festlegt werden, um Lock-in-Effekte zu vermeiden und Investitionssicherheit zu schaffen.
- Kommunale Wärmeplanung verbindlich absichern
- Die Bio-Treppe zu einem Transformationsmechanismus weiterentwickeln
- Kohärenz zwischen GModG, EnWG und KANU 2.0 herstellen
- Wärmenetze als zentrale Dekarbonisierungsoption regulatorisch stärken
- Den Umstieg im Bestand auf Fernwärme ermöglichen

- Eine Preisanpassungsregel in der AVBFernwärmeV verankern
- BEW verstetigen und ausbauen
- Die Grüngasquote führt zu ineffizienter Ressourcenallokation und sollte daher gestrichen werden

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich

Datum des Referentenentwurfs: 06.05.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GEG [alle RV hierzu]; GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2605120024 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

33. **Gesetz zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts**

Beschreibung:

- Resiliente Infrastruktur als Abwägungsbelang verankern
- Frühzeitige Beteiligung von KRITIS-Betreibern praxistauglich ausgestalten
- ÖPNV-orientierte Stadtentwicklung verbindlich machen
- Große ÖPNV-Infrastruktur schneller realisieren
- Dichte dort erhöhen, wo leistungsfähiger ÖPNV vorhanden ist
- ÖPNV-Folgekosten investiv und verursachergerecht regeln
- Erneuerbare im Außenbereich beschleunigen
- Kompensation vereinheitlichen und flächensparend gestalten

- Wohnungsbau in Bestandsplänen wirksam ermöglichen
- Überragendes Interesse am Wohnungsbau ganzheitlich definieren

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen:
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Städtebau- und Raumordnungsrechts

Datum des Referentenentwurfs: 01.04.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; UVPG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; BauNVO [alle RV hierzu]; PlanzV 90 [alle RV hierzu]; BVerfSchG [alle RV hierzu]; UmwRG [alle RV hierzu]; KAnG [alle RV hierzu]; WHG 2009 [alle RV hierzu]; WindBG [alle RV hierzu]; BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2605120027 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.04.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

2. SG2606240053 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

34. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes**

Beschreibung:

Die Stadtwerke München (SWM) begrüßen grundsätzlich die Zielsetzung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG), die kommunale Wärmeplanung zu vereinfachen, zu beschleunigen und auf eine belastbare Datengrundlage zu stellen. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Transformation der Wärmeversorgung hin zu einer klimaneutralen Infrastruktur ist eine effiziente und praxisnahe Planung auf kommunaler Ebene von zentraler Bedeutung. Allerdings weist der vorliegende Gesetzentwurf aus Sicht der SWM erhebliche Defizite beim Umgang mit sensiblen Daten auf, insbesondere mit Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie Informationen zu kritischen Infrastrukturen (KRITIS).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6587 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wärmeplanungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)
2. Zuständiges Ministerium: [BMWSB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[WPG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Energie" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2607060009](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)
Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)
Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2608070009](#) (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.08.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)
Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

35. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung**

Beschreibung:

Naturflächen, wie gesunde Böden, Wälder und Moore sollen rechtlich auf eine Stufe mit der technischen Infrastruktur gestellt werden. Damit soll der Naturschutz ein deutlich höheres Gewicht in politischen Entscheidungen und Genehmigungsverfahren erhalten. Zentrales Instrument dafür ist, solche Naturschutzmaßnahmen als "überragendes öffentliches Interesse" einzustufen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur und zur Fortentwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung

Datum des Referentenentwurfs: 06.07.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607090002 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

36. **EEG 2027 Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der EE im Stromsektor**

Beschreibung:

Referentenentwurf des BMW-E-Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Energiewende transparent, planbar und pragmatisch zum Erfolg zu bringen. Deutschland verfolgt hierfür einen Ansatz, der wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz und soziale Ausgewogenheit zusammenbringt und auf Innovationen setzt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2027) ist das zentrale Instrument, um eine treibhausgasneutrale Stromversorgung auf Basis eines wachsenden Anteils erneuerbarer Energien zu erreichen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor (EEG-Novelle) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 18.07.2026

Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607280030 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (111):

1. **Bayerische Landesstiftung**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderungen für die Erhaltung des Denkmals Großhesselohe

2. **Bezirk Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Förderungen für die Erhaltung des Denkmals Großhesselohe

3. **DLR Projektträger**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 200.001 bis 210.000 Euro

Unit-e2 (Im Projekt unIT-e² treiben 31 Unternehmen und Forschungsinstitute die optimale Integration der Elektromobilität in das Energiesystem voran. Im Rahmen von vier sogenannten "Clustern" finden mehrere Feldversuche sowie Laboruntersuchungen statt. Begleitet werden die Praxisvorhaben von den Teilprojekten Forschung und Grid, welche das Konsortium bei übergreifenden Themen unterstützen und mit eigenen Forschungsvorhaben begleiten.)

4. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

SuperLink: Im Projekt soll das Konzept für eine 12 km lange, supraleitende, 500 MVA Kabelverbindung quer durch München erarbeitet und alle wichtigen Komponenten entwickelt, getestet und Typ-geprüft werden.

5. **Projektträger Jülich (PtJ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

F&E-Projekt VESTA - Verbundvorhaben: VESTA - Very-High-Temperature Heat Aquifer Storage; Teilvorhaben: VESTA-Malm - Hochtemperatur Speicherung im Malm & Performance-Konzepte. Das mehrjährige Forschungs- und Entwicklungsprojekt VESTA Malm untersucht die Möglichkeiten von Hochtemperatur-Aquiferwärmespeichern im geothermischen genutzten Malm-Aquifer des bayerischen Molassebeckens.

6. **Projektträger Jülich (PtJ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Verbundvorhaben: GFK-Monitor - Entwicklung eines ganzheitlichen Monitorings mit Unterstützung der Glasfaserkabeltechnologie und Tracertechnik zur Verbesserung der Systemintegrität von Geothermieranlagen; Teilvorhaben: Entwicklungen zur Systemintegrität in der Geothermieproduktion

7. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

EnEff:Wärme: En-Eff_Netzregelung Energieeffizienzbasierende Regelung von dezentral gespeisten Wärme- und Kältenetzen unter Berücksichtigung von Lebensdauereffekten; Teilvorhaben: Realisierung und Erprobung.

Als Teilprojekt wird Smart Heat Grid 2.0 durchgeführt. Die Wärmeabnahme der Kunden als weitere Stellgröße ist sehr interessant für eine energieeffiziente und lebensdauerschonende Netzregelung.

8. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 650.001 bis 660.000 Euro

Verbundvorhaben: GIGA-M - Großräumige Integrierte Gesamt-Analyse des tiefeingeothermischen Potentials und seiner synergetischen Nutzung im Großraum München, Teilprojekt: SWM: Reservoirmanagement, 3Dseismische Erkundung und Interpretation, Extended Reach Drilling-Konzept, Abbau Nicht-Technischer Barrieren

9. Landeshauptstadt München: Referat für Klima- und Umweltschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Bayerstraße 28a, 80335 München

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Bezüge aus dem Förderprogramm „Förderung Klimaneutrale Gebäude (FKG)“ für den Bau von PV-Anlagen für folgende zwei Projekte:

- Projekt Deisenhofener Straße 87
- Projekt Distlhofweg 21-33

10. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 25.670.001 bis 25.680.000 Euro

Neubaustrecke Tram Westtangente

11. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

F&E-Projekt ESM-Scaling; Verbundvorhaben ESM Scaling / EvaM 2.0: EvA-M2 - Anwendung von umweltfreundlichen Inhibitoren und CO₂ zur Vermeidung von Karbonatsausfällungen in der tiefen Geothermie des Bayerischen Molassebeckens;
Teilverfahren: Umsetzung Verfahren im Anlagenmaßstab und In-situ Tests.

12. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

Verbundvorhaben: ANtLiA – ANwendungsbezogene Weiterentwicklung von Tauchkreislaspumpen und Line Shaft Pumpen in geothermischen Anlagen; Teilvorhaben: EveBeKo - Empfehlungen für einen verbesserten Betrieb und verbesserte Komponenten von ESPs.

13. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Rudolf-Diesel-Ring 1 a, 83607 Holzkirchen

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

VPNWaldR2021; Biotopbäume (RL2021); Totholz (RL2021)

14. Fachagentur Nachwachsender Rohstoffe (eingetragener Verein)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Hofplatz 1, 18276 Gülzow-Prüzen

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Klimaangepasstes Waldmanagement 2023 FNR (Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe)

15. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Wasserburger Straße 2, 85560 Ebersberg

Betrag: 1 bis 10.000 Euro

WALDFÖPR 2020; Weiterentwicklung Naturverjüngung; Baierbrunn

16. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Rudolf-Diesel-Ring 1a, 83607 Holzkirchen

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

WALDFÖPR 2020; Weiterentwicklung Naturverjüngung;

17. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Rudolf-Diesel-Ring 1a, 83607 Holzkirchen

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

FORSTWEGR2016 Reparatur 'Wasserweg', Reparatur unmittelbarer Schaden nach Starkregen

18. Projektträger Jülich (PtJ)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

19. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Sonderprogramm Schwimmbadförderung (SPSF): Sanierung und Umbau des Bades
Georgenschwaige zu einem CO₂-neutralen Naturbad mit biologischer Wasseraufbereitung

20. Landeshauptstadt München: Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU)

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune

Bayerstraße 28a, 80335 München

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Förderprogramm Klimaneutrale Antriebe (FKA): Vorrüstung und Installation von
Normalladepunkten für SWM-Fuhrpark (Flottenfahrzeuge)

21. Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro

Brandschutztechnische Fahrtreppenverkofferung

22. Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1.690.001 bis 1.700.000 Euro

Erneuerung der Fernmeldestromversorgung in den U-Bahnhöfen, mittels
unterbrechungsfreien Stromversorgungsanlagen (USV-Anlagen)

23. Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Bündel Fahrstrom (=10 Vorhaben) Erneuerung von drei U-Bahn-Gleichrichterwerken in drei
U-Bahnhöfen

24. Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 220.001 bis 230.000 Euro

Erneuerung der Gleichstromschalter in sechs U-Bahn-Gleichrichterwerken

25. Bundesministerium für Verkehr (BMV)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro

Erneuerung der Mittelspannungsschalter in fünf U-Bahn-Gleichrichterwerken

26. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
Erneuerung der Gleichrichter in drei U-Bahn Gleichrichterwerken
27. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 540.001 bis 550.000 Euro
Erneuerung der Stromversorgung
28. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 2.320.001 bis 2.330.000 Euro
Fahrtreppenerneuerungsprogramm 2021-2026
29. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1.790.001 bis 1.800.000 Euro
Ausbaustufe 1: Stellwerk Großhadern auf der Linie U6
30. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro
Erneuerung der Überdachung der Haltestelle Olympiazentrum
31. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Tragwerkserneuerungsmaßnahmen 2023 Dachauerstraße
32. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 710.001 bis 720.000 Euro
Erneuerung der Gleise und Weichen im Haltestellenbereich Scheidplatz
33. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Laufwegerneuerungen 2023
34. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro
Tragwerkserneuerungsmaßnahmen 2023 Promenadeplatz

35. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1.190.001 bis 1.200.000 Euro
Gleiserneuerungen Rosenheimer Platz Osttangente Teil 1

36. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 990.001 bis 1.000.000 Euro
Gleiserneuerungen Barer Straße

37. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 2.990.001 bis 3.000.000 Euro
Weichen und Kreuzungserneuerung am Wettersteinplatz

38. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1.090.001 bis 1.100.000 Euro
Weichen und Kreuzungserneuerung am Kurfürstenplatz

39. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 440.001 bis 450.000 Euro
Laufwegeerneuerungen 2025-2026

40. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 440.001 bis 450.000 Euro
Fahrschienenwechsel 2025-2027

41. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1.990.001 bis 2.000.000 Euro
Gleis- und Weichenerneuerung Maxmonument inkl. Lehel

42. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

- Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 990.001 bis 1.000.000 Euro
Gleiserneuerung Stachus Nord
43. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro
Fahrtreppenerneuerung U6 Partnachplatz
44. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 2.640.001 bis 2.650.000 Euro
Grunderneuerung der Hintergleisfassaden im Münchner U-Bahnnetz
45. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1.910.001 bis 1.920.000 Euro
Stromschienenerneuerung 2020 bis 2024
46. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 8.290.001 bis 8.300.000 Euro
Erneuerung der Tunnelröhren für die U-Bahn
47. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro
Erneuerung Lüftungsanlage U-Bahnhof Friedenheimerstraße
48. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 620.001 bis 630.000 Euro
Schlitzwanddeckelfugensanierung Karlsplatz und Schwanthalerhöhe
49. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro
Erneuerung der Hinterbahnsteigfassade am U-Bahnhof Implersstraße
50. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1.970.001 bis 1.980.000 Euro

Weichenerneuerung Sendlinger Tor

51. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 2.330.001 bis 2.340.000 Euro

Rissverpressung und Betonerneuerung Tunnelinnenschalen

52. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 640.001 bis 650.000 Euro

Fahrschienenwechsel 2024

53. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 390.001 bis 400.000 Euro

Laufwegerneuerungen 2024

54. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1.990.001 bis 2.000.000 Euro

Gleiserneuerungen zwischen St.Martins-Platz und Schwanseestraße

55. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1.790.001 bis 1.800.000 Euro

Gleiserneuerungen in der Arnulfstraße zwischen Romanplatz und Marsstraße

56. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 840.001 bis 850.000 Euro

Gleis- und Weichenerneuerung am Max-Weber-Platz

57. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 2.190.001 bis 2.200.000 Euro

Weichenerneuerung Fröttmaning

58. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Erneuerung hydraulisch betätigter Notausstiegsklappen

59. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 690.001 bis 700.000 Euro

Gleissanierung Agnes-Bernauer-Straße

60. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 5.990.001 bis 6.000.000 Euro

Weichenerneuerung Harras-Implerstraße inkl. Stromschienenerneuerung im Bereich U6 Süd

61. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 1.370.001 bis 1.380.000 Euro

BSKOMI 3 - Brandschutztechnische Ertüchtigung U6 Süd

62. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 6.170.001 bis 6.180.000 Euro

Neubau einer Straßenbahnlinie im Gebiet Steinhausen von der Einsteinstraße bis zur Truderinger Straße auf besonderem Bahnkörper

63. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 610.001 bis 620.000 Euro

Beschaffung von 14 Vario-Bahnen

64. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 350.001 bis 360.000 Euro

Beschaffung von 8 Avenio

65. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 700.001 bis 710.000 Euro

Beschaffung von 9 Doppeltraktionszügen und 4 herkömmlichen Zügen

66. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 920.001 bis 930.000 Euro

Beschaffung C2-Züge (21 Stück)

67. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 4.290.001 bis 4.300.000 Euro

Folgebeschaffung Option 2 22 Züge

68. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 540.001 bis 550.000 Euro

Ausbau der barrierefreien Wegeleitung in den Münchner U-Bahnhöfen

69. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 3.120.001 bis 3.130.000 Euro

Ausbau des taktilen Leitsystems in den Münchner U-Bahnhöfen

70. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 770.001 bis 780.000 Euro

Waschkonzept Technische Basis

71. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 2.040.001 bis 2.050.000 Euro

Anpassung der Werkstattinfrastruktur Geb. 11, TB U-Bahn

72. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 130.001 bis 140.000 Euro

Straßenbahn Haltestellenverlängerung und barrierefreier Ausbau am Isartor und Deutschen Museum

73. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro

Erneuerung der absturzsichernden Umwehrungen

74. Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

75. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 650.001 bis 660.000 Euro

Ertüchtigung Haltestelle Olympiapark West

76. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 4.190.001 bis 4.200.000 Euro

Ausbau der E-Mobilität des Omnibusbetriebshof Moosach (Ausbaustufe 2)

77. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 860.001 bis 870.000 Euro

Verlängerung Feuerlöschtrockenleitung 2

78. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Brandschutzmaßnahmen Tunnelstaffel

79. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 3.500.001 bis 3.510.000 Euro

Folgebeschaffung Option 1 - 8 Züge Ersatz

80. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Erweiterung Radlastwaage U-Bahn

81. **Freistaat Bayern: Regierung von Oberbayern**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Maximilianstraße 39, 80538 München

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Betriebsfähige Aufbereitung historischer Straßenbahnen

82. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Erneuerung und Erweiterung des Leitsystem ITCS für Bus und Tram - ITCS19-22

83. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Mobility Inside Plattform
84. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro
MoveRegioM
85. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Busprojekt Tempus - Cityplatooning
86. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro
Einführung eines intelligenten E-Bus Telemetriesystems (IET)
87. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Erweiterung der Anzahl der DFI-Anzeiger in den Haltestellen von Tram und BUs (4.FA)
88. **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
AQT - Autoreduzierte Quartiere für eine Lebenswerte Stadt (MCube)
89. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 7.940.001 bis 7.950.000 Euro
E-Busbeschaffung 2024/25 (EBUSMUC)
90. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Mi-Ready to Connect (MiRCO)
91. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**

- Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro
Autonomes Fahren (MINGA)
92. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Machbarkeitsstudie 3. Busbetriebshof an der Rupert-Bodner-Straße
93. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Machbarkeitsstudie Hybridbetriebshof an der Maria-Goeppert-Mayer-Straße
94. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro
EZBT - Anzeigen von Fahrzeugen in der Karte (DkV)
95. **Bundesministerium für Verkehr (BMV)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Betrag: 290.001 bis 300.000 Euro
Videobasierte Fahrgastauslastung FAE (DkV)
96. **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
MobiPionier - Mobilitätsbudgets und -bundles In der MetroPolregIO n München als AlternatiVe zu Regulierung (MCube Phase II)
97. **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
ASUR - Autonome & vernetzte Verknüpfung von Stadt, Umland & Regionen (MCube Phase II)
98. **Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft**
Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München
Betrag: 75.040.001 bis 75.050.000 Euro
ÖPNV-Bauprogramm 2021
99. **Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft**

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München
Betrag: 2.370.001 bis 2.380.000 Euro
ÖPNV-Bauprogramm 2022

100. Landeshauptstadt München: Referat für Arbeit und Wirtschaft

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Herzog-Wilhelm-Straße 15, 80331 München
Betrag: 4.790.001 bis 4.800.000 Euro
ÖPNV-Bauprogramm 2023

101. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Blumenstraße 31, 80331 München
Betrag: 15.850.001 bis 15.860.000 Euro
Sonderprogramm Klimaschutz für Elektromobilität und klimaneutrale Antriebstechnologien

102. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Blumenstraße 31, 80331 München
Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro
Videobasierte Fahrgastauslastung als Datengrundlage für eine bedarfsgerechte
Angebotsplanung in Echtzeit - FAE

103. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Blumenstraße 31, 80331 München
Betrag: 1.550.001 bis 1.560.000 Euro
Pilot autonomes E-Fahrzeug

104. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Blumenstraße 31, 80331 München
Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro
MVG Zoom

105. Landeshauptstadt München: Mobilitätsreferat

Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
Blumenstraße 31, 80331 München
Betrag: 470.001 bis 480.000 Euro
Mobilitätsstrategie 2035 Teilstrategie Shared Mobility Weiterentwicklungen MaaS &
Mobilitätsplattformen

106. European Climate, Infrastructure and Environment Executive Agency

Europäische Union
Chaussée de Wavre 910, B-1040 Brüssel
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
E-BRT

107. **Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln der Europäischen Union**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
KIWI (Konzept zur intuitiven Wissensvermittlung)
108. **Zentrum Bayern Familie und Soziales aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bärenschanzstraße 8a, 90429 Nürnberg
Betrag: 1 bis 10.000 Euro
Fachkraft für Mobilität
109. **Europäische Investitionsbank aus Mitteln der Europäischen Union**
Europäische Union
boulevard Konrad Adenauer 98-100, L-2950 Luxembourg
Betrag: 1.430.001 bis 1.440.000 Euro
CBTC-Einführung: ELENA_Technische Hilfe
110. **Zentrum Bayern Familie und Soziales aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bärenschanzstraße 8a, 90429 Nürnberg
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Sprachkurs für Trambahnausbildung
111. **Zentrum Bayern Familie und Soziales aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Bärenschanzstraße 8a, 90429 Nürnberg
Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro
Deutschsprachkurse für U-Bahnfahrer*innen

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[swm-geschaeftsbericht.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[swm-verhaltenskodex.pdf](#)